

Bericht: Vermerk belastet Bundesregierung in No-Spy-Affäre

Berlin, 26.05.2015, 17:13 Uhr

GDN - Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und der damalige Vizekanzler Guido Westerwelle (FDP) wussten offenbar seit dem 7. August 2013, dass es keine konkrete Zusage der US-Regierung für ein No-Spy-Abkommen gab. Das geht aus Unterlagen hervor, über die NDR, WDR und "Süddeutsche Zeitung" berichten.

Dennoch verkündete der damalige Kanzleramtsminister Ronald Pofalla (CDU) am 12. August öffentlich, die US-Seite habe eine solche Vereinbarung angeboten. Dem Bericht zufolge hat Guido Westerwelle am 7. August mit seinem Amtskollegen John Kerry in den USA telefoniert. Zwei Tage zuvor war eine hochrangige deutsche Delegation zu Besuch in Washington gewesen und hatte dort mit Vertretern der US-Geheimdienste gesprochen. Diese hatten offenbar ein No-Spy-Abkommen für möglich erachtet - allerdings unter dem klaren Vorbehalt: Darüber müsse die Politik entscheiden. Das Ergebnis des Telefonats zwischen Westerwelle und Kerry wurde den drei Medien zufolge in einem handschriftlichen Vermerk festgehalten: Kerry zeige sich "bereitwillig, ohne Konkretes zuzusagen", die Prüfung in den USA laufe. Zudem habe die deutsche Seite darauf gedrängt, dass US-Präsident Barack Obama in einer anstehenden Pressekonferenz zum NSA-Skandal das angebliche No-Spy-Angebot erwähne. Dies wäre - so hieß es in einem Vermerk des Kanzleramts - "außerordentlich hilfreich". Aber Obama habe geschwiegen. Zudem sei am 7. August angeregt worden, dass auch Kanzlerin Merkel zum Hörer greife und direkt mit US-Präsident Barack Obama spreche - sollte bis zum nächsten Tag keine Antwort aus den USA da sein. In den Unterlagen finden sich den drei Medien zufolge weder Hinweise auf ein positives Signal aus Washington noch darauf, dass Merkel tatsächlich direkt mit Obama gesprochen habe. Auf eine Anfrage von NDR, WDR und SZ, ob es nach dem Telefonat zwischen Westerwelle und Kerry und vor dem Auftritt Pofallas eine Antwort der USA zum No-Spy-Abkommen gegeben habe, teilte eine Regierungssprecherin lediglich mit: "Zu vertraulichen Gesprächen von Mitgliedern der Bundesregierung gibt die Bundesregierung keine Auskunft." Die neuen Unterlagen aus dem Kanzleramt machen dem Bericht zufolge auch deutlich, dass es unterschiedliche Auffassungen über das Treffen der deutschen Delegation mit den Geheimdienst-Vertretern in Washington gegeben habe. Der Leiter der Geheimdienst-Abteilung im Bundeskanzleramt, Günter Heiß, habe die Ergebnisse des Gesprächs in einer Vorlage für die Bundeskanzlerin zusammengefasst. Darin heiße es, der NSA-Chef Alexander sei bereit, "eine Zusicherung abzugeben, dass auf deutschem Boden jederzeit deutsches Recht respektiert werde". Er wolle insoweit eine beidseitige Erklärung erzielen. "Über das `Ob` müsse allerdings die Politik entscheiden." Diese Bereitschaft zu einer "Zusicherung" finde sich jedoch in einem Protokoll, die ein Mitarbeiter des BND verfasst hat, nicht wieder. Dort sei lediglich von einer "Bildung einer Arbeitsgruppe zur Erarbeitung eines Abkommens" die Rede. So etwas könne sich der Chef der US-Geheimdienste, James Clapper, vorstellen. Er könne darüber aber "keine ad hoc-Entscheidung treffen, da es eine politische Entscheidung sei." Vor gut zweieinhalb Wochen hatten NDR, WDR und SZ interne Mailwechsel des Bundeskanzleramts mit dem Weißen Haus veröffentlicht. Daraus ging hervor, dass die US-Regierung offenbar nie wirklich daran gedacht hatten, ein No-Spy-Abkommen mit Deutschland abzuschließen - und zu keinem Zeitpunkt eine Zusage gegeben hatte. Kanzlerin Merkel und Regierungssprecher Steffen Seibert hatten daraufhin erklärt, die Bundesregierung habe "nach bestem Wissen und Gewissen" über das No-Spy-Abkommen informiert.

Bericht online:

<https://www.germandailynews.com/bericht-55169/bericht-vermerk-belastet-bundesregierung-in-no-spy-affaere.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619